

Auf ins Offene? — Achtung Sackgasse!

Diskussionsbeitrag des AK (Drinne und) Draußen Celle

Die Vielzahl an Wende-Papieren, mit denen sich die radikale Linke in der BRD seit Monaten auseinandersetzen hat, wurde Anfang des Jahres um einen „Beitrag zur Debatte mit den Gefangenen und der RAF“ ergänzt. „Auf ins Offene!“ (1) von H. C. fand eine relativ große Verbreitung. Als Resonanz hat dieser Text bisher Kritik-Papiere aus Hamburg und Berlin hervorgerufen. Öffentliche Zustimmung fand Hanna Cash zwar kaum; gleichwohl dürften ihre Positionen im aktuellen Klima eines neuen Revisionismus auf offene Ohren stoßen. Wir halten es deshalb für erforderlich, die bisher vorgetragene Kritik um einige Aspekte zu ergänzen.

Auch wenn sie es bestreitet, Grundlage ihres Beitrags ist die Aufgabe einer revolutionären Perspektive! Festzumachen ist dies einerseits an den Begründungen für ihre Forderung, die RAF solle ihre „Hinrichtungsaktionen“ aussetzen, andererseits an dem von ihr vorgeschlagenen Wertekatalog für eine Neuorientierung der Linken, der zurückfällt auf die Ideologie der bürgerlichen Revolution.

Hanna Cash Im Schnelldurchlauf

H. C. erörtert in ihrem Beitrag Bedingungen und Mittel für die Erreichung des Ziels „Zusammenlegung der politischen Gefangenen!“ Ausgehend von der Prämisse, die Haftbedingungen wären abhängig von „Legitimationsmöglichkeiten staatlichen Handelns“, fordert H. C.: „die RAF setzt ihre Hinrichtungsaktionen zumindest vorläufig aus und gibt das öffentlich als eine politische Erklärung bekannt. Damit würden dem Staatsschutz Legitimationsmöglichkeiten für seinen Terror gegenüber (einzelnen) Gefangenen genommen.“ Die Einstellung der Aktionen sei auch deshalb kein besonderer Verlust bzw. nötig, da sie „schon lange nicht mehr politisch zu vermitteln“ seien. Die fortgesetzten „Hinrichtungsaktionen“ könnten revolutionärer Politik keine Perspektive und Orientierung geben.

Cash bemüht sich im folgenden, ihren Vorschlag von der Strategie der „Lochte-Linie“ und dem sogenannten „Verhandlungsangebot der Bundesregierung“ abzugrenzen. Denn beide setzen in ähnlicher Weise die Haftbedingungen in ein Verhältnis zu den Aktionen der RAF. Hoffe mensch auf Lochte, so ihre Kritik, würde alles dem Staatsschutz überlassen. Die Bundesregierung verlange „Kapitulation“, was — so H. C. — eine „Demoralisierung für alle Menschen bedeuten“, die die Hoffnung auf Veränderung noch nicht aufgeben haben.“ Mit ihrem Vorschlag dagegen würden wir „die politische Initiative auch in einer Situation der Niederlage ... behalten.“

Der Schutz für die Gefangenen müsse dann „von einem Großteil der ‚sozialen‘ Gefangenen und von uns draußen politisch durchgesetzt ... werden.“ Wie das gehen soll, umreißt H. C. in einem mit „Perspektiven“ überschriebenen Schlusskapitel. Für zentral erachtet sie die thematische Trennung des Kampfes um Freilassung und bessere Haftbedingungen von einer Neubestimmung der Politik der RAF. Dies sei nötig, um „Konfusionen“ in der Bündnisarbeit zu vermeiden: „Die Frage der Haftbedingungen muß endlich von uns einen eigenständigen politischen Stellenwert unabhängig von der jeweiligen Politik der Guerilla zugestanden bekommen.“ Die „Menschenrechte“ müßten in den Mittelpunkt der Argumentation gerückt werden. Dies sei überhaupt „in Zukunft ein Prüfstein für den Erfolg jeder revolutionären Politik.“ Schlüsselbegriff für einen linken „Normenkatalog“ soll „die Behauptung des uneingeschränkten Rechts auf Existenz für jeden Menschen“ werden.

Diese Argumentation ist nicht neu. Sie ist uns während des letzten Hungerstreiks begegnet und wir waren bereit, mit den Kräften zusammenzuarbeiten, die diesen Standpunkt vertreten. Wir sollten die dahinterstehende Verzweiflung über die Lage der Gefangenen ernst nehmen, also die Menschen ernstnehmen — und ihnen unsere Sicht der Dinge entgegen.

Die demokratischen Traumtänzerinnen von Hanna Cash

Schon mit ihrer Prämisse sitzt H. C. einem durch und durch bürgerlichen Politikversprechen auf: Staatliches Handeln brauche Legitimation. Das mag gestimmt haben, solange die bürgerliche Gesellschaft ihre Interessenkonflikte tatsächlich oder vermeintlich noch „politisch“ regelte, also vielleicht bis 1914. Aber seitdem? Legitimation im Sinne H. C. wird be-

liebig geschaffen, ist nicht mehr Voraussetzung, sondern Begleitmusik staatlichen Handelns. Im Kern reduziert sich Legitimation inzwischen auf das staatliche Gewaltmonopol.

Ein Kräfteverhältnis, das für die Durchsetzung dieser oder jener Forderung günstig oder ungünstig ist, stellt sich gleichfalls nicht über öffentliche Meinung her, also im Streit der Argumente oder im Gemenge der Emotionen. In Fragen, die uns interessieren, bestimmt sich das Kräfteverhältnis als Stand der Entwicklung der Klassenkämpfe (im umfassenden Sinn als antikapitalistisch, antipatriarchalisch und antirassistisch). Als solches ist es in der Tat gewichtig für den staatlichen Umgang mit politischen Gefangenen. D.h.: Eine interventionsfähige revolutionäre Linke, die sich nicht abstrakt über das Menschenrecht zu den Gefangenen verhält, sondern in ihnen die eingekerkerten GenossInnen sieht, wäre der beste Schutz für die Gefangenen.

Der Stand der Klassenkämpfe aber kann uns in der Tat nicht froh stimmen. Die radikale Linke in der BRD bewegt sich zu Beginn der 90er Jahre am Rande der Bedeutungslosigkeit. Gesellschaftliche Verankerung oder soziale Verwurzelung ist praktisch nicht vorhanden. Es fehlt fast jeder Ansatz von Gegenmacht. In der Tat eine Situation, in der die Zusammenlegung oder gar Freilassung der Gefangenen nur als Staatsschutz-Strategie oder Gnadenakt möglich scheint. (Eine Situation, in der an den Gefangenen Exempel statuiert werden, weil in ihrem Kampf um Zusammenlegung und Freiheit einer der wenigen Kristallisationspunkte für die Neuorientierung einer gesellschaftsverändernden Linken aufscheint.) Also: Freilassung gibt es vielleicht als Gnadenakt in Einzelfällen, Freiheit aber gibt es nur, wenn eine Linke in der BRD die Voraussetzungen dafür schafft, gesellschaftliche Gegenmacht entwickelt; wenn die Idee von „Befreiung/Emanzipation“ nicht in den Geschichtsbüchern verschwindet, sondern von uns auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Zu Bedingungen und Aufgaben der Linken

Zugegeben: Aktuell deutet kaum etwas darauf hin, daß wir in diesem Jahrhundert in der BRD dahin kommen. Aber die Bedingungen, die für das Kräfteverhältnis konstituierend sind, verändern sich: Die Modernisierungsphase des Kapitals hat ihre Kehrseite nicht nur in Verarmungsprozessen für Teile der Bevölkerung (und dem fortwährenden Sterben im Trikont). Sie mündet gleichzeitig in einer „Sinnkrise“ der bürgerlichen Gesellschaft: Die Gestaltung ihrer Lebenswelt, also was Politik im Kern ausmacht, sehen Menschen wahrnehmbar zu reiner Verwaltung verkommen. Der Konsens von Herrschenden und Beherrschten trägt noch, aber der dünne ideologische Faden, der Gesellschaft und Staat zusammenhält, ist enormen Belastungen ausgesetzt. Es zeichnet sich ein Vakuum sozialer und politischer Ideen ab, das eine revolutionäre Linke durch neue Zielbestimmungen (auch als identitätsstiftende Kraft) füllen müßte. Was Brückner (hier nur stellvertretend für andere zitiert) 1972 als geschichtliche Aufgabe so einforderte, hat durch das Auf und Ab diverser sozialer Bewegungen ja nichts an Gültigkeit verloren: „Wenn eine soziale Ordnung, die wir als Bedingung unseres Lebens vorfinden, Überleben und geschichtliche Erregenschaften nicht mehr sichert, sondern in eine Bedrohung des Überlebens wie der Errungenschaften verkehrt, wenn Leben, Denken, Hoffen, Lieben ... gleichsam mürrisch in ihrer Haut werden und ihre Lebensfähigkeit sich zu vielen entfremdet, dann bilden sich großflächig gesellschaftliche Bewegungen, Unruhezustände aus, deren Potential dem Sog der Regression entrissen und planvoll in Richtung auf die nun geschichtsgemessene, emanzipatorische Zukunft gewendet werden muß.“

In diesen emanzipativen Zusammenhang, der sozialem Sinn und Politik von unten zum Durchbruch verhelfen will, ist auch das Zusammenlegungsprojekt der Gefangenen integriert. Karl-Heinz Dellwo hat den Kern der Zusammenlegung so bestimmt: „... uns den gesellschaftlichen Raum zu schaffen, den wir für die Weiterentwicklung unseres Aufbruchs brauchen, gegen dieses System ohne Lebensinn gibt es nur da Hoffnung, wo wir von unseren Bestimmungen aus den totalitänsanspruch des Kapitals durchbrechen.“

Also: Wer den Kampf der Gefangenen

um Zusammenlegung und Freiheit aus seinem emanzipativen Kontext löst, kann zwar die Frage des Kräfteverhältnisses auf ein Problem der öffentlichen Meinung reduzieren; als Bestandteil des Kampfes um Befreiung aber ist die Durchsetzung dieser Forderungen eben abhängig von der Stärke des Lagers der Emanzipation. Das Kräfteverhältnis in diesem Sinne verbessern, heißt die oben skizzierten Aufgaben in Angriff nehmen.

Hanna Cashs Staat und seine pawlowschen Reflexe

Pragmatisch versucht H. C. die „Aktionen der RAF“ auch unter dem Gesichtspunkt des direkten Schadens oder Nutzens für die Gefangenen zu diskutieren. Bewaffnete Aktion fordere den Staat aufs Schärfste heraus und setze die Gefangenen seinen Racheaktionen aus. Auch deshalb soll die RAF ihre Attentatspolitik beenden.

H. C. sitzt dabei ganz offensichtlich zwei Illusionen auf. Zum einen: Die Politik der RAF bestimmt sich nicht von der Situation der Gefangenen her. Natürlich bezieht sich Guerilla auf ihre Gefangenen, aber diese Frage darf nicht im Zentrum ihrer Politik stehen. Es gibt keine Befreiung der Guerilla-Guerilla. Zum andern: H.C. begreift als quasi Reiz-Reaktions-Mechanismus, was im Kern Klassenkampf ist. Sie verschleiert, daß Staat auch losgelöst von Legitimation präventive Strategien ausübt. Daß sich der Apparat mit Hilfe einer willfährigen Presse jederzeit die nötige Legitimation beschaffen kann, ist in der durch die Bundesanwaltschaft gesteuerte Medienkampagne in den letzten Monaten deutlich genug geworden.

Die Hoffnung, daß sich die Situation der Gefangenen — für den Fall der Aussetzung der Aktionen der RAF — gravierend verbessert, ist trügerisch. Klar: Primäres Ziel des Apparats ist, über die Gefangenen den bewaffneten Kampf wegzukriegen. Als Geiseln sollen ihm die Gefangenen zur Demonstration der These dienen: Der Kampf der Kräfte der Emanzipation ist sinnlos, Widerstand unmöglich. Deshalb sein Interesse, die Gefangenen kleinzu kriegen und über die Isolation in die Unterwerfung, das Abschwören zu zwingen. Gegenüber den Gefangenen ist diese Strategie gescheitert. Wenn dennoch der Versuch nicht abgebrochen wird, so vor allem deshalb, weil er offenbar draußen Wirkung zeigt. Das ist die präventive Wirkung der Isolationshaft. Daß uns draußen also beim Gedanken an Knast die Angst in die Knochen fährt, das ist der z.Zt. aus staatlicher Sicht nützlichste Aspekt des „Geiselstatus“.

Unterm Strich ist H. C. eingeforderte „politische Initiative“ nichts anderes als die vom Staat gewollte Kapitulation. Auch sie will über die Gefangenen den bewaffneten Kampf weg bekommen. Ihre Hoffnung ist, daß Aufgabe und Rückkehr in die Scheinwelt bürgerlichen Humanismus vom Staat honoriert werden könnte.

Hannas Reise in die Vergangenheit

Es geht nicht nur um Taktik, wenn H. C. fordert, die Frage der Haftbedingungen von der Diskussion um die Neubestimmung revolutionärer Politik zu trennen. Die Frage der Haftbedingungen soll einen „eigenständigen politischen Stellenwert — unabhängig von der jeweiligen Politik der Guerilla“ zugestanden bekommen. Mit der „Behauptung des uneingeschränkten Rechts auf Existenz für jeden Menschen ... würden sich viele und ganz neue Bündnisfelder erschließen.“

In der Konsequenz bedeutet dies, die Gefangenen zu dem zu machen, was auch der Apparat permanent und vergeblich versucht, zu Objekten. Ihre Situation aber ist untrennbar verbunden mit der Entwicklung der revolutionären Front. Wer das auflösen will, betreibt die Isolation der Gefangenen.

Der von H. C. aufgeworfene Werte-Katalog führt nicht „ins Offene“, sondern ist eine Reise in die Vergangenheit. Es sind die auf dem Boden des Kapitalismus nicht realisierbaren Werte der bürgerlichen Revolution. Mit einer solchen perspektivlosen alternativen Verfassungsdiskussion ist uns nicht gedient. Agnoli hat sehr richtig geschrieben, daß Ziel der Emanzipation sei „die Garantie der Abschaffung der Herrschaft (und nicht bloß die Verteidigung der Menschenrechte, die Herrschaft voraussetzt).“

H. C.s Schlüsselbegriff „Existenzrecht“ ist aktuell nicht mehr als eine schöne Phrase. Der Imperialismus erklärt

eine Mehrheit der Weltbevölkerung zu unnützen Essern, konkret: das Sterben von 40.000 Kindern täglich an Hunger und seinen Folgekrankheiten. Wer würde diesen Zustand nicht gern ohne Blutvergießen beenden, doch es ist evident, daß die Profiteure dieser (Un-)Ordnung nicht mit sich reden lassen.

Freiheit gibt es nur im Kampf um Befreiung

Die Neubestimmung revolutionärer Politik und die Neuformierung der revolutionären Linken geschieht — wenn überhaupt — nicht im luftleeren Raum. Dabei liegen die zentralen Schwierigkeiten weniger darin begründet, ob die RAF Aktionen macht oder nicht. Die bewußtlose Zustimmung der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung zu diesem Leben hier, was uns auf der andern Seite die Luft zum Atmen, sprich zur befreienden Theorie und Praxis zu nehmen scheint: Das ist eine Bedingung, die uns lähmt.

Daß auch die RAF diesen Konsens von Herrschenden und Beherrschten nicht aufgebrochen hat, ist offensichtlich und macht nach selbstgestellten Kriterien ihre Erfolglosigkeit aus. Deshalb steht natürlich auch die Politik der RAF zur Diskussion. Aber das ist doch auch für die Gefangenen und die Kommandos längst kein Tabu-Thema mehr. Nur diese Diskussion darf nicht isoliert die RAF auf dem Prüfstand stellen — sie macht nur Sinn unter Einschuß aller Bemühungen der vergangenen 20, 25 Jahre zu radikaler gesellschaftlicher Veränderung. Die Erfolglosigkeit unserer Bemühungen läßt sich nicht durch die Abwicklung des Projekts bewaffneter Metropolenguerilla verschleiern. Etliche politische Gefangene haben dies besser begriffen und formuliert, als es uns draußen offenbar möglich war. In ihrer Erklärung zum Abbruch des Hungerstreiks schrieb Eva Haule: „Wir machen nicht mehr weiter wie bisher: aus der totalen Vereinzelung und ohne Möglichkeit zur Kommunikation unter uns. Das ist eins. Das andere ist: die Notwendigkeit der politisch-inhaltlichen Diskussion mit den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und innerhalb des Spektrums des Widerstands ist im Verlauf des Hungerstreiks total deutlich geworden. Die Arbeit und Auseinandersetzung für die Grundlagen und konkreten politischen Inhalte einer wirklich verändernden Politik — das alles liegt als Herausforderung auf dem Tisch. ... Es gibt nichts anderes, als jetzt die Diskussion zu beginnen, dafür die Menschen/Gruppen zusammenzubringen, die eine grundsätzlich andere gesellschaftliche Realität wollen, sie mit ihren unterschiedlichen Vorstellungen respektieren und ernst nehmen; den ganzen Unsinn, der diese Diskussion blockiert, einfach mal liegen lassen und über Inhalte zu sprechen — für die Entwicklung einer politischen Kraft, die in der Lage ist, sich, die menschlichen Ziele gegen diesen technokratisch-faschistischen Apparat durchzusetzen, den die kapitalistische Macht hier und in Westeuropa aufzurichten will. Es gibt nichts anderes, denn die Fragen stellen sich zwingend überall: Wie können die Interessen der Menschen gegen diese Macht durchgesetzt werden? Wie ist das tatsächlich möglich zu erreichen, was als brennende Notwendigkeit in allen gesellschaftlichen Bereichen hier wie international spürbar ist? Wie sehen die Wege und Perspektiven aus? Zu Lösungen für diese Fragen zu kommen, kann nur das Ziel der Diskussion sein. Sie muß, und ich glaube, sie kann jetzt von allen solidarisch zusammen geführt werden, die sich darin einig sind. Jeder wird gebraucht mit seinem Wissen, Erfahrungen, Vorstellungen. Das ist und verlangt eine andere Haltung und Herangehensweise in den Auseinandersetzungen als bisher. Nicht Abgrenzungen, hohle Parolen, ideologische Modelle ... stehen im Zentrum, sondern die Menschen. Ihre Gedanken, ihre politische Aktion — allein daraus können Lösungen kommen.“ Der Beitrag der RAF in dieser Diskussion ist u.a. ihre Erfahrungen im und mit dem bewaffneten Kampf. Ihr Beitrag sei, so Eva Haule, bewiesen zu haben, daß es geht: „Die neu entstehende revolutionäre Bewegung kann aus dem Selbstbewußtsein kämpfen, daß sie immer alle Mittel hat (und braucht) für ihre Ziele. Daß das möglich ist, dafür hat unser Kampf in den ganzen Jahren mit die Grundlage geschaffen, und es ist jetzt immer ‚nur‘ die Entscheidung, wie und wann — also mit welchen präzisen Bestimmungen im und für den Umwälzungsprozess die Mittel eingesetzt werden.“

Unser Problem ist aktuell gleichwohl, daß wir zuwenig Mittel zur Hand haben,

Aus dieser Problemlage heraus gewinnen die Aktionen der RAF eine die Diskussion derart bestimmende Dominanz. Bewaffneter Kampf kann sich aber nur im Kontext mit anderen emanzipatorischen Bemühungen erfolgreich entwickeln. Zentral geht es darum, den gesellschaftlichen Raum für die Weiterentwicklung des Aufbruchs zu schaffen. D.h. auch, die Suche und Entwicklung neuer Lebens-, Arbeits- und Kampfformen wieder aufzunehmen und voranzutreiben. Dabei, ganz klar, darf es nicht um Emigrationsnischen gegen die innere Kolonisation gehen (Subjektivismus). Neue Subjektivität: das wäre der „im kollektiven Zusammenhang sich entwickelnde Prozeß der Aufhebung der Entfremdung im Kampf“ (Sigurd Debus). Sigurd Debus hat den privilegierten und einzigen Ort hierfür in der Guerilla gesehen. Der Prozeß kann dort (muß aber nicht, wie die DDR-AussteigerInnen zeigen) eine Beschleunigung erfahren. Und es war vielleicht in den 70er Jahren die einzige Möglichkeit. Leben gegen den Dreck allerdings weiterhin im Spannungsfeld legal/illegal zu polarisieren, scheint fragwürdig. Jeder emanzipative Kampf gegen Herrschaft wird von dieser, wo er nicht aufgesogen werden kann, illegalisiert. Und: Antizipation muß mehr umfassen als ein Aufscheitern der Machtfrage. Engels beschrieb Revolution als kollektiven Lernprozeß unter beschleunigten Bedingungen, an dessen Ende die Machtfrage gestellt werden könne. An den Bedingungen zu arbeiten und den kollektiven Lernprozeß zu organisieren, ist mithin zentrale Aufgabe. D.h.: Antizipation befreiter Formen zwischenmenschlichen Verkehrs. Karl-Heinz Dellwo: „der vorgriff des aufhebungszustandes ist der nach tauschwertfreien verhältnissen und zonen.“ Oder Johannes Agnoli: „Neue Perspektiven ergeben sich aus Prozessen und Erfahrungen, die zuweilen nicht ohne Härte sind und die sich nur im Kampf gegen die Formen praktisch entwickeln, die es zu überwinden und zu stürzen gilt.“ In diesem Zusammenhang ist vielleicht der Verweis auf die soziale Qualität „befreiter Gebiete“ hilfreich, wie sie die Frankfurter LUPUS-Gruppe mal mit Blick auf Lateinamerika beschrieben hat: „Sie sind der lebendige Beweis einer Gegengesellschaft, in der die Menschen bereits heute — in Ansätzen — das leben und verwirklichen, was morgen erst gesellschaftlich erkämpft werden kann. (...) Die Existenz solcher Orte der Gegenmacht, die Erfahrung und Gewißheit, daß es möglich ist, selbstbestimmt, ohne Ausbeutung und Unterdrückung zu leben, sind viel explosiver als jede Bombe, viel überzeugender als die vielen, leeren Absichtserklärungen auf die Frage: Wofür kämpft ihr?“ Sympathie für und Hoffnung in das Andere würden sich in einem langwierigen, alltäglichen Kampf ergeben. Und auf die BRD bezogen argumentieren die GenossInnen weiter: „Hier ist und wird es nicht anders sein: auch hier sitzt die Angst vor ‚Anarchie und Chaos‘ tiefer, als die Angst vor einem ungelebten, versagten Leben. Jede revolutionäre Bewegung hier wird sich das Vertrauen selbst schaffen müssen. Und da es auf absehbare Zeit in der BRD keine exterritorialen, ‚befreiten‘ Gebiete geben wird, müssen andere Wege gefunden werden, die Keime einer neuen Gesellschaft sichtbar zu machen. Die Strukturen dieser Gegenmacht werden jedenfalls innerhalb dieser Gesellschaft liegen, ein ‚außerhalb‘ wird es in der allseitig-erschlossenen BRD nicht geben. Umso wichtiger wird hier die Waffe des eigenen Beispiels sein, umso entscheidender wird es sein, Strukturen von Gegenmacht innerhalb und über soziale Bewegungen hinaus dauerhaft zu entwickeln.“ Nach einer kurzen Analyse, die eine Totalität des Warenverhältnisses behauptet, werden sie etwas genauer: „Ein Befreiungskampf also, der sich auf die ökonomische und militärische Gewalt fixiert, verharrt und beharrt auf eine historische Entwicklung, die das Kapital in den Metropolen längst qualitativ überschritten hat. Ein Befreiungskampf hier würde in einem viel stärkeren Maße bedeuten, die soziale Identität, Kultur und Lebensräume und -zusammenhänge zurückzuerobern bzw. neu zu entwickeln.“ Das wäre vielleicht der Boden, auf dem sich radikale Bedürfnisse entwickeln, die dann Antreibekraft für gesellschaftliche Transformation werden.

Wenn dies alles wenig konkret, wenig faßbar erscheint, so deshalb, weil es eben nicht oder kaum Bestandteil unserer Kämpfe, unseres Alltags ist.

AK (Drinne und) Draußen Celle

(1) Abgedruckt in ak 329 vom 8.4.1991